

Krankenkassenbeamte.

Mitten während der Ausführungen der Reichsversicherungsordnung brach der Weltkrieg aus. Zwar war die äußere Einrichtung der Krankenkassen trotz der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit 1. Januar 1914 glücklich durchgeführt; aber an der innern Einrichtung wurde noch gearbeitet, zumal manche Krankenkassen infolge der Ausgestaltung zur allgemeinen Ortskrankenkasse einen ungeheuren Zuwachs an Mitgliedern erhalten hatten. Vor allen Dingen war noch die Regelung der Dienstverhältnisse der Kassenangestellten stark im Rückstand. Damit konnte namentlich bei neuen Krankenkassen erst begonnen werden, wenn die Kassenorgane gewählt waren und ein Überblick über den Umfang der Geschäfte gewonnen war. Der Erlaß der Dienstordnung hat sich infolgedessen stark verzögert. Vielfach sind sie auch heute noch nicht erlassen, weil durch die Einberufung zum Heeresdienst sowohl die Zahl der Mitglieder als auch die Zahl der Angestellten erhebliche Verschiebungen erfahren hat. Manche Kassen haben den Wunsch, die Dienstordnung erst einige Zeit nach dem Friedensschlusse zu erlassen.

Noch weniger vorgeschritten sind die Arbeiten wegen Erlaß der Regulative, welche die Rechte und Pflichten der Kassenbeamten regeln sollen, denen die Eigenschaft eines Gemeindebeamten verliehen worden ist. Für Preußen ist die Anordnung getroffen, daß alle auf Lebenszeit oder mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellten Kassenangestellten die Rechte und Pflichten der Gemeindebeamten erhalten und daß die geschäftsleitenden Angestellten aller Krankenkassen mit mehr als 10 000 Mitgliedern auf Lebenszeit oder mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellt werden müssen. Hiergegen wurde schon gleich nach Bekanntwerden der Absichten der obersten Verwaltungsbehörden Sturm gelaufen mit der Begründung, daß die Kassenangestellten gar keinen Wert auf diese Auszeichnung legten, zumal dadurch ihre politische Betätigung auch außerhalb des Dienstes weitgehenden Beschränkungen unterworfen sei. Bei näherer Ausgestaltung der Dinge ist dann die Wahrnehmung dazu gekommen, daß das Aufsichtsrecht des Vorstandes erheblich beschnitten werde und damit die ohnehin geschmälerete Selbstverwaltung der Kassen weiteren Abbruch erfahre.

Ohne eine Ausschaltung des Aufsichtsrechtes des Vorstandes in gewissen Umfange läßt sich allerdings die Verleihung der Rechte und Pflichten der Gemeindebeamten an die Kassenangestellten nicht durchführen, denn die Disziplinargewalt über „Beamte“ kann unmöglich den ehrenamtlich tätigen aus Laien zusammengesetzten Kassenvorständen zugesprochen werden. Darin kann aber eine übermäßige Beeinträchtigung der Kassenvorstände schon deshalb nicht erblickt werden, weil es bis zur Verleihung der Rechte und Pflichten der Gemeindebeamten ein Disziplinarrecht für die Kassenangestellten nicht gibt, sondern sich alle Vorgänge der Dienstaufsicht auf rein zivilrechtlichem Gebiete abspielen. Auf der andern Seite läßt sich allerdings nicht verkennen, daß ohne ein gewisses Handinhandarbeiten Reibungen nicht vermieden werden können. Immerhin fragt es sich, ob diese Schmälerung der Stellung des Vorstandes nicht im Interesse der Kassenangestellten mit in den Kauf genommen werden muß. Die Frage müßte unbedingt verneint werden, wenn die von den Kassenverwaltungen kolportierte Behauptung, die Angestellten legten selbst nicht den geringsten Wert auf die Verleihung der Rechte und Pflichten der Gemeindebeamten, zutreffend wäre. Daß dies aber keineswegs der Fall ist, beweist die Äußerung eines Kassenangestellten in der Zeitschrift „Die Ortskrankenkasse“, dem Organ der Vorstände der Ortskrankenkassen, wo es wörtlich heißt:

„Seit Anfang August v. J. sind ungezählte Kassenangestellte zur Fahne einberufen und im Laufe der Kriegsmonate sind ihnen noch viele gefolgt, und daß noch viele zum Krieg eingezogen werden, ist gewiß. Unter diesen Beamten sind wohl der weitaus größte Teil Familienväter. Die preußische Musterdienstordnung schreibt vor, daß denjenigen Beamten, die zum Heeresdienst eingezogen werden, für sechs Monate die Gebühren weiterzuzahlen sind. Daß die meisten Kassen noch über diese Leistung hinausgingen, ist anerkennenswert und kann von seiten der Angestellten nicht genug gewürdigt werden. Aber keine Kasse hätte sich meines Erachtens wohl gemüht gesehen, für die ganze Dauer des Krieges ihren zum Kriegsdienst eingezogenen Beamten das volle Gehalt weiterzuzahlen. Indes sind einzelne Beamte in die angenehme Lage versetzt worden, und zwar einzig und allein aus dem Grunde, weil ihnen Beamtenrechte und -pflichten zuerkannt sind. Dieses „Für“ des preußischen Ministererlasses, betreffend die Verleihung der Beamten-eigenschaft an Kassenbeamte, wollte ich nur herausnehmen, nicht etwa, um damit hausierend Propaganda zu machen, sondern lediglich eine Tatsache feststellend den Beweis führen, daß auch das uns in schwarzzen Farben Bezeichnete manchmal Gutes in sich birgt. Die weiteren Vorteile werden sich auch noch nach dem Kriege für die betreffenden Angestellten bald zeigen; ich erinnere nur an das Steuerprivileg!“

Diese Ausführungen sind um so bemerkenswerter, als sie eine Entgegnung auf die Darlegungen des Berichterstatters über die Anschauungen der Kassenangestellten auf der vorjährigen Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Ortskrankenkassen ausmachen sollen. Dabei handelt es sich auch keineswegs um eine Stimme aus der Wüste, sondern um die Wiedergabe von Anschauungen, die im Stande der Kassenangestellten weit verbreitet, wenn nicht gar ausschließlich maßgebend sind, und die, wenn es erlaubt wäre, wohl öfter zum Vorschein kommen würden. Bei der ganzen Angelegenheit handelt es sich lediglich um die Frage, ob die wahren Interessen der Angestellten dem Grundsatz der unbeschränkten Selbstverwaltung der Kassenvorstände vorgehen oder ob umgekehrt die schrankenlose Selbstverwaltung der Krankenkassen Selbstzweck ist. Die Wahl sollte nicht schwer fallen. Jedenfalls hat auch hier der gegenwärtige Krieg in den Ansichten der Beteiligten einen merklichen Wandel herbeigeführt.